

„Wenn ich Terrorist bin, warum stellt man mich nicht vor Gericht?“

Nach den Terroranschlägen von Paris im November 2015 ermittelten die Geheimdienste auch in Österreich auf Hochtouren – angeblich mithilfe eines CIA-Agenten. Ein bisher unbekannter Fall gibt brisante Einblicke.

PARIS, 13. NOVEMBER 2015

Die europäischen Sicherheitsbehörden konnten den Terror von Bataclan nicht verhindern. In der Folge rückten die Sicherheitsbehörden eng zusammen.



Am 7. Februar 2017 nehmen zwei Beamte des österreichischen Verfassungsschutzes in einem Büro am Wiener Hernalser Gürtel 31 Platz. Das dort angesiedelte Polizeianhaltezentrum dient normalerweise der Unterbringung von Schubhäftlingen; an diesem Abend werden die Räumlichkeiten jedoch zum Verhörraum umfunktioniert. Es geht um internationalen Terrorismus. Den beiden Ermittlern mit den Decknamen „K64“ und „K65“ sitzt der 28-jährige Walid M. gegenüber.

Der Algerier, seit 2015 Asylwerber in Österreich, wurde unter dem Vorwand in Gewahrsam genommen, er solle nach Ungarn abgeschoben werden. Bald offenbaren die Beamten ihr eigentliches Interesse: „Die Ermittlungen im Zuge der Anschläge in Paris am 13. November 2015 weisen darauf hin, dass sämtliche Paris-Attentäter durch Europa geschleust wurden. Dies sei durch sogenannte ‚Aufklärer‘ des IS geschehen (...). Aufgrund aktueller Ermittlungsergebnisse besteht der Verdacht, dass es sich bei Ihnen um einen dieser ‚Aufklärer‘ handelt“, heißt es in den Vernehmungsprotokollen, die profil vorliegen. Zu dem Ermittlungsfall, der die Anschläge von 2015 mit Österreich in Verbindung bringt, war bis heute öffentlich nichts bekannt; offiziell schweigen die Behörden auch weiterhin. „Aus datenschutzrechtlichen sowie einsatztaktischen Gründen können hierzu seitens des BVT bzw. BMI keinerlei Auskünfte erteilt werden“, heißt es auf Anfrage.

Doch wer ist Walid M., und warum wurden die heimischen Behörden auf ihn aufmerksam? Der Fall zeigt, wie schwierig sich die Fahndung nach Mittätern der Terroranschläge in Paris gestaltete, und wirft die Frage auf, ob nicht auch Unbeteiligte dabei ins Fadenkreuz der Ermittler gerieten.

13. November 2015: In Pariser Cafés und der Konzerthalle Bataclan richteten mehrere Terrorkommandos mit Kalaschnikows und Bombengürtel ein Massaker an; 130 Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt. Die Öffentlichkeit war erschüttert. Auch innerhalb der europäischen Sicherheitsbehörden hinterließ Bataclan ein Trauma, denn die Attentäter – fast ausschließlich europäische Staatsbürger – waren in den Jahren davor nach Syrien ausgereist und unbemerkt zurückgekehrt, obwohl die Männer den Behörden bekannt waren. Die westlichen Geheimdienste rückten in der Folge eng zusammen und entwickelten eine Hypothese:

Die Terrormiliz Islamischer Staat schickte 2015 sogenannte „Aufklärer“ als Vorhut auf die 2015 entstandene Balkanroute, um den Weg nach Europa auszuspähen.

Ein zentraler Schauplatz soll die türkisch-bulgarische Grenzstadt Edirne gewesen sein. Dort hielt sich der mutmaßliche Drahtzieher der Bataclan-Anschläge, der Belgier Abdelhamid Abaaoud, 2015 auf. In Edirne rekrutierte er zwei Männer, die bis dahin mit dem „IS“ offenbar nichts zu tun hatten: den Algerier Bilal Chatra und den Marokkaner Redouane Sebbar. Ausgestattet mit Bargeld und Fake-Profilen auf Facebook, reisten die beiden „Aufklärer“ in Abaaouds Auftrag von der Türkei und Griechenland nach Mitteleuropa. Ihren Auftraggeber informierten sie via Facebook zur Situation an den Grenzen. Chatra und Sebbar wurden 2016 in Deutschland verhaftet und nach Frankreich ausgeliefert; über ihre Schuld an den Anschlägen wird ein Gericht in Paris entscheiden (siehe Kasten).

Von den beiden „Spähern“ spannt sich der Bogen ins Verhörzimmer am Hernalser Gürtel. Auch Walid M. soll, so die Annahme der Ermittler, ein „IS-Aufklärer“ sein. Er hielt sich Ende 2014 in der türkischen Grenzstadt Edirne auf, einem Hotspot für Zigtasende Migranten. Dort sei er mit „IS“-Leuten in Kontakt gekommen, heißt es in den Akten. Man bezieht sich dabei auf zwei Facebook-Profilen, die Chatra und Sebbar zugerechnet werden und sich unter M.s Online-Kontakten finden. Im Verhör mit den österreichischen Ermittlern weist M. jede Terrorverbindung vehement von sich: „Mit solchen Menschen will ich keinen Kontakt haben! Vielleicht war ich zur falschen Zeit am falschen Ort.“ Chatra und Sebbar kenne er, wie Dutzende andere Nordafrikaner, nur flüchtig, von den Straßen und Parks in Edirne. Er habe auch jede Freundschaftsanfragen auf Facebook angenommen, die er bekam. „Mein Traum war, nach Europa zu gehen, Papiere zu bekommen und Arbeit zu finden. Ich habe auch ein Mädchen kennengelernt. Meine Familie ist nicht streng religiös, mit Gewalt und Radikalismus habe ich nichts zu tun“, betont M.

In der siebenstündigen Vernehmung wird der Weg des Algeriers nach Österreich durchleuchtet. Parallel dazu veranlassen die Beamten die Sicherstellung seines Handys und anderer Gegenstände aus

seiner Wohnung in Salzburg. Sie sollen Aufschluss darüber geben, ob er Informationen an die Terrormiliz geliefert haben könnte. Nach zwei Nächten im Wiener Schubhaftzentrum eskortiert man M. zum Flughafen Schwechat, nimmt ihn vor dem Abflug aber erneut fest. Nach einer weiteren Nacht in Polizeigewahrsam wird er auf freien Fuß gesetzt. Das sonderbare Hin und Her zeigt das Dilemma der Ermittler: Gegen Walid M. liegen keine handfesten Beweise vor. Auch die Telefonauswertung und eine Hausdurchsuchung samt Sprengstoffexperten bringen keine neuen Erkenntnisse – weder kann über den Mann Untersuchungshaft verhängt werden, noch wird es in dem Fall jemals zu einer Anklage kommen.

Während das Ermittlungsverfahren wegen Terrorismus gegen Walid M. läuft, heiratet er im Mai 2017 in Salzburg seine Freundin Irena S. und erhält dadurch einen Aufenthaltstitel für fünf Jahre. Sie habe Walid M. Anfang 2016 kennengelernt, erzählt Irena S. in ihrer Salzburger Woh-



FAMILIENGLÜCK VORBEI

Irena S. und Walid M. lernten einander in Salzburg kennen, dann geriet der Mann unter Terrorverdacht.

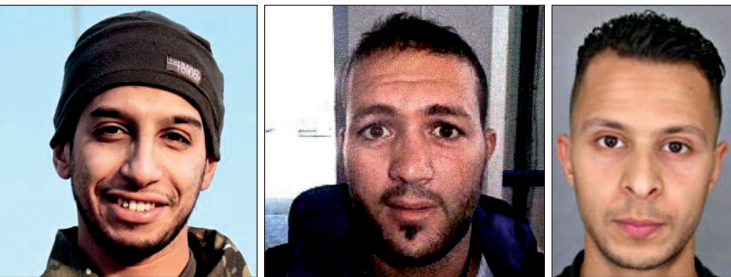
nung. Er sei bald darauf zu ihr gezogen und zum liebevollen Ersatzvater für ihren damals einjährigen Sohn geworden. „Er hat geputzt, gekocht, die Windeln gewechselt, den ganzen Haushalt gemacht“, erzählt die gebürtige Kroatian, die seit 2003 in Österreich lebt und in der Gastronomie arbeitet. „Ich bin gläubige Christin, wir haben zusammen Weihnachten gefeiert. Die Terrorvorwürfe sind einfach falsch!“

Anfang Oktober 2017, M. arbeitet inzwischen für eine Paketzustellfirma, setzen die Behörden dem Familienleben ein Ende; das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) hat gegen Walid M. trotz

14 Angeklagte, 1740 Geschädigte

In Frankreich sind die Ermittlungen zu den Terroranschlägen von Paris abgeschlossen worden. Der Prozess soll Ende 2020 beginnen.

Für Frankreich war es das schlimmste Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Die von der Terrormiliz Islamischer Staat minutiös geplanten Terroranschläge von Paris forderten am Abend des 13. November 2015 über 130 Menschenleben und mehr als 350 Verletzte. Am 21. Oktober dieses Jahres



gaben die fünf mit der Causa betrauten Untersuchungsrichter den Abschluss der Erhebungen bekannt. Terrorermittler und Staatsanwälte waren in den Jahren zuvor durch ganz Europa und den Nahen Osten bis nach Indien gereist. 14 Personen sollen in Paris angeklagt werden.

In der Terrornacht selbst kamen bereits acht der damals elf Angreifer ums Leben. Zwei weitere wurden am 15. November in einem Außenbezirk von Paris bei einem Polizeieinsatz getötet, darunter auch der mutmaßliche Chefplaner Abdelhamid Abaaoud. Nur einer der damaligen Attentäter wird in Paris vor Gericht stehen: Salah Abdeslam, der sich nach der Tat nach Brüssel absetzen und dort verstecken konnte. Er wurde am 18. März 2016 verhaftet und dort in einem anderen Verfahren bereits zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Auch zwei Männer, die am 10. Dezember 2015 in einem Salzburger Flüchtlingsheim festgenommen wurden, befinden sich unter den 14 Angeklagten. Der Algerier Adel H. und der Pakistani Muhammad U. hätten wohl an den Anschlägen teilnehmen sollen, waren aber in Griechenland festgehalten worden und strandeten in dem Salzburger Notquartier nahe der deutschen Grenze. Daneben sind auch Logistiker und sogenannte „Aufklärer“ unter den Beschuldigten, wie die in Deutschland gefassten Männer Redouane Sebbar und Bilal Chatra.

Insgesamt 1740 geschädigte Personen wie Opfer und Hinterbliebene werden sich an dem Gerichtsverfahren beteiligen. Angesichts dieser Dimensionen ist ein Prozessbeginn vor Ende 2020 nicht zu erwarten.



TERRORNETZWERK
Abdelhamid Abaaoud (tot), Adel Haddadi, Salah Abdeslam, Muhammad Usman, Redouane Sebbar sind in Paris angeklagt (v. l. n. r.).

„Es ist gängige Methode, Informanten mit einer Mischung aus Versprechen und Drohungen unter Druck zu setzen.“

Thomas Riegler, Geheimdienstexperte

des gültigen Aufenthaltstitels ein Aufenthaltsverbot erlassen. Im Bescheid dazu heißt es: „Sie haben alleine durch den Verdacht, Mitglied der Terrororganisation ‚Islamischer Staat – IS‘ gewesen zu sein, klar zum Ausdruck gebracht, dass Sie nicht gewillt sind, sich der österreichischen Verordnungsgebung zu unterwerfen.“

Tage später erschienen Polizisten an M.s Arbeitsplatz und nahmen ihn in Schubhaft. Ende November 2017 wurde er nach Algerien abgeschoben.

Derzeit prüfen Anwälte der Familie, das Aufenthaltsverbot anzufechten, denn die Staatsanwaltschaft Wien stellte das Verfahren gegen M. im Oktober 2018 endgültig ein. Zudem birgt die Causa weitere

Ungereimtheiten. Schon der erste Besuch der Behörden bei Walid M. und Irena S. im April 2016 soll abenteuerlich abgelaufen sein. „Als ich an einem Tag in die Arbeit kam, sagte meine Kollegin, dass ein Mann von der amerikanischen Botschaft mit mir sprechen möchte“, so Irena S. Bei einem Treffen mit dem

Mann, der sich angeblich „Sam“ nannte, sei sie zu ihrer Beziehung befragt worden, bis sie das Gespräch abbrach.

Auch M. erinnert sich an den Amerikaner: „Er kam am Bahnhof auf mich zu und sagte, er arbeitet mit Flüchtlingen und möchte mir helfen.“ Bei einem Treffen habe sich die Person mit „indischem Aussehen“ und fließenden Arabischkenntnissen jedoch als Mitarbeiter der CIA (US-Auslandsgeheimdienst, Anm.) vorgestellt. „Er hat mir gesagt, dass er meinen Weg nach Europa genau kenne und nicht glaube, dass ich ein Terrorist bin. Er wusste, dass ich in Edirne war, und ich sollte die Leute von damals kontaktieren, die echten Terroristen finden. Dann könnte ich auch in Europa bleiben, sonst würde ich Probleme bekommen.“ Überprüfen lässt sich das angebliche Auftreten eines mysteriösen CIA-Mannes freilich schwer.

Der österreichische Historiker und Geheimdienst-Experte Thomas Riegler hält die Schilderungen aber für „plausibel“, wie er sagt. „Eine gängige Methode ist es, aussichtsreiche Kandidaten mit einer Mischung aus Versprechungen und Drohungen (Geld, Aufenthaltstitel) unter Druck zu setzen. Das könnte in diesem Fall geschehen sein – Zuckerbrot oder Peitsche.“

Walid M. glaubt jedenfalls, dass ihm am Ende Letzteres widerfahren ist und beteuert weiterhin seine Unschuld. „Wenn ich ein Terrorist bin, warum stellt man mich nicht vor Gericht?“ ■